

Grenzen

Diskussionen in Europa, Deutschland und Frankreich

Nadine Pippel*

» Angesichts der sogenannten Flüchtlingskrise, die spätestens im Sommer 2015 in das öffentliche Bewusstsein in Frankreich und Deutschland gedrungen ist, wird der Ruf nach Wiederaufnahme von Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union lauter. Bemerkenswert ist das nicht nur im Jubiläumsjahr des Schengen-Abkommens und nicht allein mit Blick auf die dabei neu entstehenden Grenzkontrollen und Ausweichmöglichkeiten. Noch beachtlicher sind die dazugehörigen Diskussionen, auch in Deutschland und Frankreich. Eine Bestandsaufnahme.

Frontières

Plus de trente ans après la création en 1985 de l'espace Schengen, qui rend superflues les frontières en Europe, la crise migratoire a relancé depuis l'automne 2015 les débats sur les contrôles aux portes et à l'intérieur même de l'Union européenne. Une exposi-



tion à Paris, au Musée de l'Histoire de l'immigration, rappelle que cette discussion ne constitue en aucune manière un phénomène nouveau, même si elle traduit désormais une certaine forme de perplexité des dirigeants politiques. Réd.

Erst kürzlich hat der Kandidat der republikanischen US-Präsidentschaftskandidatur Donald Trump sein Vorhaben vorgestellt, im Falle seiner Wahl eine Mauer zu Mexiko zu errichten. Er plant, ähnlich wie sein Rivale Ted Cruz, ein von Mexiko finanziertes Bollwerk gegen illegale Einwanderer. Das ist bezeichnend, wenn man nicht nur bedenkt, dass die Bereitschaft Mexikos zur Finanzierung eher gering sein wird, sondern auch, dass eine Mauer in besonders augenfälliger Weise eben die Grenze zwischen den USA und Mexiko materialisieren soll. Diese Tendenz, Länderübergänge über die Wiedereinführung von Kontrollpunkten oder den Bau von Zäunen und Mauern deutlich zu markieren, ist derzeit weltweit zu beobachten, offenbart jedoch bei genauem Hinsehen das Paradoxe an Grenzen.

Diese sind immer erst imaginär und werden in politisch-gesellschaftlichen Prozessen festgelegt und gezogen. Historisch betrachtet erfüllen Grenzen vielfältige Funktionen: Sie markieren erobertes Territorium und sollen vor „Barbaren“ und feindlichen Armeen, seit dem 11. September 2001 zusätzlich vor Kriminalität und Einwanderung wie an der Grenze zu den Vereinigten Staaten oder vor Terrorismus schützen. Im Unterschied zur starken Markierung solcher Grenzzäune und -mauern sind Grenzen, die natürlich auch Grensräume, Transitzonen und nicht markierte Übergänge sein können, jedoch nicht immer so eindeutig, wie es aktuell den Anschein hat. Zugleich sind sie, so hat es der Geograph Michel Foucher am Beispiel der Grenze zwischen Israel und dem Westjordanland gezeigt, längst nicht so effektiv wie be-

* Dr. Nadine Pippel ist Referentin an der Graduiertenakademie der Leibniz Universität Hannover.

absichtigt. Die mexikanisch-amerikanische Grenze z. B. gehört zu den meistüberquerten weltweit.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Grenzdiskussionen in Europa ist eine derzeitige Ausstellung in der Pariser *Cité nationale de l'histoire de l'immigration* erstaunlich aktuell. Die Ausstellung, die weit vor den ansteigenden Flüchtlingszahlen kuratiert wurde, stellt Grenzphänomene und -überquerungen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Sie geht klug und anschaulich auf das allgemeine Phänomen der Grenze, auf Grenz(zwischen)räume und Übergangszonen sowie auf die Innen- und Außengrenzen Europas ein und zeigt besonders das Imaginäre von Grenzen auf. Zugleich verdeutlicht sie mit Verweisen auf Arbeitsmigration in Europa, dass die starke Migration und die dadurch wieder beachteten Grenzen keinesfalls nur ein aktuelles Phänomen sind. Angesichts der schon immer vorhandenen Grenzüberquerungen steht am Ende der Ausstellung die Frage, ob Grenzen nicht lieber gleich geöffnet werden sollten.



Hingegen scheint es in Europa ausgerechnet mit dem 30-jährigen Jubiläum des Schengen-Abkommens im Jahr 2015, als ob sich das Abkommen überholt habe. Die mit ihm abgeschafften Kontrollen an den Binnengrenzen der Europäischen Union wurden zumindest in Teilen wieder aufgenommen und verschärft, besonders mit der sogenannten Schließung der Balkanroute für Flüchtlinge, das für sie geltende Durchreiseverbot an der Grenze zwischen Mazedonien und Griechenland sowie mit der Abschottung Österreichs nach Ungarn und neuerdings mit einem Zaun Richtung Italien. Angesichts dessen hat die französische Denkfabrik *France Stratégie* bereits die Kosten eines möglichen Scheiterns des Schengen-

Abkommens durchgerechnet. Horrend wären sie allemal, noch höher wären die moralischen Kosten.

Debatten

In Frankreich und Deutschland werden solche Diskussionen um eine adäquate Grenzpolitik natürlich auch geführt. So sind die Zustände im griechischen Idomeni an der mazedonischen Grenze ebenso Thema wie die regelmäßigen Versuche von Flüchtlingen, über das Mittelmeer oder Bulgarien nach Europa zu gelangen. Mit Blick auf die eigenen Landesgrenzen und mögliche Grenzkontrollen ist zu erkennen, dass Diskussionen in Frankreich stärker als in Deutschland die verschiedenen Außengrenzen des Landes wie die „vergessene“ Grenze Tunesiens zu Europa und damit vermeintlich einhergehende Gefahren berücksichtigen.

Neben den tagesaktuellen Geschehnissen auf der Balkanroute, den Versuchen von Flüchtlingen, in Marokko über den Zaun in die spanische Exklave Ceuta oder im italienischen Ventimiglia nach Frankreich zu kommen, sowie den Bestrebungen, die belgisch-französische Grenze nach den Attentaten von Brüssel zu schützen, ist deshalb besonders viel von der Grenze zu Großbritannien und den in Calais beginnenden Grenzraum berichtet worden.

Der sogenannte Dschungel von Calais, das zum Teil geräumte Flüchtlingscamp, dessen Zustände erst kürzlich in der Petition *Appel de Calais* angeprangert worden sind, ist für Flüchtlinge in Frankreich oftmals Endstation. Besonders seit Frankreich die Grenze nach England geschlossen hat, ist die Zahl der Flüchtlinge, die noch im Oktober 2015 die Weiterreise durch den Eurotunnel versuchten, schnell gesunken. Dies verbuchte Innenminister Bernard Cazeneuve als Erfolg seiner Politik. Im März darauf überlegte dagegen sein Kollege, Wirtschaftsminister Emmanuel Macron, im Falle eines Ausstiegs Großbritanniens aus der Europäischen Union, Flüchtlinge in Calais eben nicht mehr an der Weiterreise nach Dover zu hindern. Dass Frankreich mit einer solchen Öffnung der Grenze den gemeinsamen Grenzschutz am Ärmelkanal aufkündigen würde, ist einerseits ein durchaus legitimer Versuch, der

Lage Herr zu werden. Andererseits lässt der binnen eines halben Jahres wechselnde Kurs der französischen Grenzpolitik erkennen, worum es dabei auch geht, nämlich um die Sicherung vor allem eigener, nationaler Interessen und Souveränität. Dass dabei die Grenze im Grenzraum Ärmelkanal offensichtlich ohne Weiteres verschoben und die Aus- und Einreisekontrolle zumindest weg von französischem Boden und nach England (oder in den Transitraum dazwischen) verlagert werden kann, macht die Kontingenz und das Imaginäre von Grenzen und des damit verbundenen Umgangs offenkundig.

Die Einseitigkeit und Kurzfristigkeit nationaler Grenzpolitik, die in diesem Beispiel durchklingt, wird auch in deutschen Diskussionen um Grenzen deutlich. Angela Merkels Entscheidung im Sommer 2015, zahlreiche Flüchtlinge nach Deutschland zu lassen – und natürlich ist dort von weit größeren Zahlen als in Frankreich die Rede –, wurde von einigen als großzügige Geste, von vielen aber als fatale Einwanderungspolitik mit humanitärem Anstrich bewertet. Die Entscheidung hat die Bundeskanzlerin nicht nur ziemlich allein in Europa und sogar im eigenen Lager getroffen, sie war auch – angesichts der hohen Flüchtlingszahlen in nachvollziehbarer Weise – zunächst kurzfristig angelegt. Kritiker monierten deshalb die Kluft zwischen dieser nach außen getragenen Willkommenskultur – Stichwort: Wir schaffen das – und der ihr später entgegen gesetzten Grenzpolitik, die sich beispielsweise in der Asylrechtsverschärfung im Herbst 2015 und im Türkei-Deal der deutschen Bundesregierung zeigte. Zugleich war in deutschen Diskussionen viel von Österreichs scharfer Grenzpolitik und besonders von Obergrenzen die Rede, die die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge begrenzen sollten. All das stellt Grenzpolitik zwar in den Mittelpunkt der Diskussion, buchstabiert jedoch nicht aus, was tatsächlicher Grenzschutz auch an der deutsch-österreichischen Grenze hieße und welche Konsequenzen er hätte: Flüchtlinge etwa von einem ins andere Land und schließlich aufs Mittelmeer zurückzudrängen. Diese gegenwärtigen Diskussionen verschleiern nationale Interessen, lassen sie aber ebenso wie französische Diskussionen deutlich erkennen.

Kontrolle zum Schein

Dem könnte man die europäische Agentur *Frontex* als positives Beispiel entgegenzusetzen. Sie koordiniert seit 2005 nationenübergreifende Maßnahmen der EU-Mitgliedsländer zur Überwachung der europäischen Außengrenzen. Doch ist die Agentur nicht nur durch die italienische Seenotrettungsoperation *Mare Nostrum* bekannt geworden, sie ist auch mit umstrittenen Aktionen zur Rückdrängung von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer in die Kritik geraten. Dass Flüchtlinge auf dem Meer Asyl beantragen dürfen und ihnen dieses Recht verwehrt wurde, offenbart die einwanderungsfeindliche Politik, die Kritiker wie der deutsche Historiker Dirk Hoerder der Europäischen Union seit Jahren bescheinigen. Zugleich lassen solche Aktionen ein weiteres Merkmal von Grenzen erkennen: das ihrer Durchlässigkeit. Grenzen können meist unterwandert, überklettert, überfahren oder oft auch einfach umgangen werden.

An dieser Stelle werden gegenwärtige Grenzdiskussionen *ad absurdum* geführt. Je mehr Ländergrenzen mit Stacheldraht und Zäunen versehen werden, je mehr Grenzverschiebungen und -schließungen zur Sicherung nationaler Interessen das Mittel der Wahl sein sollen, desto deutlicher wird das Kontingente, Imaginäre und auch das Nicht-Kontrollierbare an ihnen. Der Bevölkerung zu sagen, dass Grenzen trotz Schutzwällen nicht lückenlos kontrollierbar sind, hat bislang kaum ein Politiker gewagt. Das hieße zu betonen, dass ein solcher Grenzschutz die Attentate von Paris und Brüssel, die von Europäern durchgeführt wurden, nicht hätte verhindern können. Es hieße auch zu sagen, dass Deutschland die faktische Schließung der Balkanroute offiziell zwar nicht gutheißt, die Regierung von geringeren Flüchtlingszahlen aber auch profitiert. Neben einer überlegten, langfristigen und idealerweise auch Nationen übergreifenden Migrations- und Grenzpolitik wäre dies sicher eine Möglichkeit. Allerdings würde sie durch rechtspopulistische Strömungen in ganz Europa, die massiven Grenzschutz fordern, vermutlich erschwert werden. Angesichts dessen ist die Grenzpolitik an den Innen- und Außengrenzen Europas auch als Ausdruck allgemeiner Ratlosigkeit zu interpretieren.